

Avanti ²

Theoriebeilage
Trotzki und Freud
von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

FASCHISMUS STOPPEN



KAPITALISMUS BEKÄMPFEN!

INHALT

TITEL

- 01 FASCHISMUS STOPPEN**
Kapitalismus bekämpfen

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & knapp?

SEITE DREI

- 03 FASCHISMUS STOPPEN**
Kapitalismus bekämpfen

ANTIFASCHISMUS

- 04 MANNHEIM**
Erfolgreiche Proteste gegen AfD?

ARBEITSWELT

- 06 BR-MOBBING I**
11. Konferenz „BR im Visier“

- 07 BR-MOBBING II**
Erfolg bei Ford Kohlhoff?

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

- 08 FRANKREICH**
Linke Front statt Rechtsruck

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

laufen wir Gefahr, dass es uns blau-braun vor den Augen wird? Dieser Eindruck verstärkt sich angesichts der jüngsten Ereignisse in Mannheim und anderswo.

Aber „Geschichte wird gemacht. Es geht voran!“. Das hat schon 1982 – wenn auch etwas sarkastisch – die Punkrockband Fehlfarben erkannt.

Und in der Tat: Im Juni protestierten erst 3.500 gegen Hass und Hetze der AfD in Mannheim und dann 70.000 in Essen. Wir waren dabei und haben die Bereitschaft vieler Menschen zur Abwehr des Faschismus gespürt.

Die Sommer-Ausgabe von *Avanti*² steht auch deshalb unter dem Titelthema „Faschismus stoppen, Kapitalismus bekämpfen!“

Helmut Dahmers ausgezeichnete Überlegungen zu „Trotzki und Freud“ veröffentlichen wir in der Theoriebeilage.

Wir wünschen Euch einen entspannten Sommer – trotz alledem!

Eure Redaktion

Titelbild:

Demo gegen AfD in Mannheim, 7. Juni 2024.

Foto: Helmut Roos.

INHALT

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

- 09 UKRAINE**
Ermutigende Solikonferenz?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 ISO-ONLINE**
Gegen AfD-Parteitag in Essen

- 11 ISO IM AUGUST**
Ein Seminar im Sommer?

- 11 ISO IM AUGUST**
Unser Sommerfest

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 KULTUR**
Kultur am Schiller?

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 PSYCHOANALYSE**
Trotzki und Freud

Milliarden für Privatversicherungen?

R. S.

Im Jahr 2022 erhielten private Krankenversicherungen kosten- und gewinndeckende Beiträge für Bezieherinnen und Bezieher von Bürgergeld in Höhe von bis zu 421,77 € pro Monat.

Hingegen wurde für gesetzlich Versicherte lediglich eine Monatspauschale in Höhe von 108,48 € übernommen, obwohl 311,45 € nötig gewesen wären. Somit waren im Jahr 2022 lediglich 39 % der Monatspauschale für gesetzlich Versicherte durch Beiträge des Bundes gedeckt.

Laut einem aktualisierten Gutachten des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen wurde allen gesetzlich Krankenversicherten dadurch ein Betrag von 9,2 Milliarden € aufgebürdet.

Aus diesen Zahlen ist einerseits eine Gewinnspanne von bis zu 35 % bei den privaten Krankenversicherungen zu errechnen. Andererseits kann man daraus auch den Willen zur Zerstörung der gesetzlichen Krankenkassen ableiten.

(Quelle: FR, 25./26.5.2024.)

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P

Mehr Todesfälle durch Klimazerstörung?

R. S.

Der aktuelle „Lancet Countdown“-Bericht belegt, wie sehr die Klimazerstörung Europa besonders hart trifft. Die Erwärmung schreitet hier doppelt so schnell voran wie im weltweiten Durchschnitt. Allein 2022 gab es europaweit über 60.000 Todesfälle durch Hitzebelastung. Gefährliche Viren fühlen sich zunehmend wohler in Europa.

Die Treibhausgas-Emissionen in Europa sind laut Bericht pro Kopf sechsmal so hoch wie in Afrika und dreimal so hoch wie in Lateinamerika. Das Tempo der europäischen Länder in Richtung netto null Emissionen ist dem Report zufolge „völlig unzureichend“. Europas Ziel der CO₂-Neutralität wäre demnach erst im Jahr 2100 zu erreichen.

Ethnische Minderheiten, Migrant:innen, Indigene und Arme sind stärker von klimabedingten Gesundheitsschäden betroffen. Für Arme ist zudem die Gefahr „erheblich höher“, unter Nahrungsmangel aufgrund der Klimakrise zu leiden.

(Quelle: FR, 25./26.5.2024.)

Faschismus stoppen Kapitalismus bekämpfen!

U. D.

Bei den Europawahlen am 9. Juni 2024 hat sich – von einigen Ausnahmen abgesehen – in weiten Teilen der EU der Rechtsruck fortgesetzt.

In den EU-Machtzentren Deutschland, Frankreich und Italien sind faschistische Parteien weiter im Aufwind oder wurden stärkste Partei. Auch bei den gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen in der Bundesrepublik hat sich dieser Trend bestätigt.

Aber nicht nur der Wahlerfolg der (extremen) Rechten erschreckt, sondern auch die Schwäche der Linken. Antikapitalistische Solidarität hat auf Massenebene weiter an Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft verloren. Das ist für die herrschende Klasse und ihre neoliberalen Ideologen ein beruhigendes Wahlergebnis.

Vorwärts in die Katastrophe?

Die übergroße Mehrheit der Wahlberechtigten hat keine faschistischen Parteien gewählt. Das ist gut. Aber sie hat für prokapitalistische Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne, Freie Wähler, BSW ...) gestimmt und damit – trotz aller Unterschiede – für die Fortsetzung einer neoliberalen Politik der Profite, der Aufrüstung, des Sozialabbaus und der Abschaffung des Asylrechts. Das ist schlecht.

Damit hat sie Politikerinnen und Politiker gewählt, die mit ihrer Anpassung an Konzerninteressen den gesellschaftlichen Nährboden für den weiteren Aufstieg des Faschismus bereiten.

AfD-Wahlerfolge

Bei der Europawahl 2024 erhielt die AfD „nur“ 15,9 % Stimmen, deutlich weniger als im Januar 2024 befürchtet. Dies ist ein Erfolg der antifaschistischen Mobilisierungen seit Anfang 2024.

Aber trotz dieser Massenproteste hat die AfD bei den EU-Wahlen Erfolge erzielt. Obwohl inzwischen allen klar sein müsste, dass die AfD für Demokratie- und Sozialabbau, Rassismus, Ausgrenzung von „Minderheiten“, Menschen- und Naturfeindlichkeit, Ultra-Nationalismus und Faschismus steht. AfD-Wählende stimmen für fa-

schistische Positionen. Dafür gibt es keine Rechtfertigung.

Reaktionäre Mehrheit

Auch bei den EU-Wahlen gab es eine Teilung Deutschlands in Ost und West. Der Westen wird von einer nach rechts rücken- den CDU/CSU dominiert, der Osten von der AfD. Aber es gibt eine Gemeinsamkeit: eine reaktionäre Mehrheit für noch mehr Abschottung, weiterer Einschränkung des Asylrechts und noch weniger Klimaschutz.

Dabei ist die AfD längst kein „Ost-Problem“ mehr, sondern auch im Westen angekommen. Das gilt auch für die Metropol-Region Rhein-Neckar. So erhielt die AfD bei den Kommunalwahlen in Mannheim 14,2 %, im Stadtteil Hochstätt 41,9 % und in Schönau -Nord 35,6 %. In Ludwigshafen erhielt sie 19,9 %, im Stadtteil West 28,4 % und in Pfingstweide 25,4%.

Widerstand organisieren

Die Wahlerfolge der Faschisten in Europa machen die dramatische Entwicklung deutlich. Sie zeigen aber auch, dass es sich nicht um ein deutsches Phänomen handelt, sondern um eines des in einer tiefen, vielfachen Krise steckenden Kapitalismus.

Wenn es der politischen Linken nicht gelingt, auf diese Krise in Wort und Tat glaubhafte Antworten zu geben, ist der Weg frei für autoritäre und faschistische Herrschaftssysteme.

Deswegen muss der Kampf gegen Faschismus in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen mit der Gegenwehr gegen die kapitalistische Krisenpolitik verbunden werden: sei es bei Klimagerechtigkeit, Asylrecht, Aufrüstung, Sozialabbau, Entlassungen und Firmenschließungen, Verkehr, Kultur, Ernährung, Handel, Teuerung, Energieversorgung, Gesundheit, Pflege und Wohnen oder wo auch immer.

Ohne die Überwindung der Logik der privaten Profitwirtschaft wird es weder

einen Ausweg aus den Krisen noch einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus geben.

Um diesen Weg gehen zu können, müssen, wo immer möglich, aktionsfähige Gruppen aufgebaut oder praktisch unterstützt werden und miteinander in einer gemeinsamen außerparlamentarischen Bewegung, einer solidarischen ökologischen und sozialen Front, vernetzt werden.

Besondere Bedeutung hat dabei die politische Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften. Nur wenn dort die Linke ihren Einfluss wieder verstärkt, werden im Rahmen der erforderlichen Kämpfe solidarische Ideen auch auf Massenebene wieder populär.

Nur so kann eine breite Bewegung aufgebaut werden, die sowohl Neoliberalismus als auch Faschismus zurückdrängen und den Kapitalismus wirklich herausfordern kann.

Sicher ist das eine Mammut-Aufgabe. Aber sie kann gelingen, wenn die politische und die gewerkschaftliche Linke angesichts der realen Gefahr ihre Kräfte bündelt, statt das politisch Trennende zu kultivieren. Für diese Perspektive setzen wir uns ein, denn wir sehen keinen anderen erfolgversprechenden Weg. ■



Demo gegen AfD in Mannheim, 7. Juni 2024.

Antifaschistische Kundgebung und Demo Klug, geschlossen und kämpferisch gegen AfD-Hetze

H. N.

Eine Woche nach dem brutalen Messerangriff in Mannheim auf die Islamfeinde der „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) hatte die AfD am 7. Juni 2024 zu einer bundesweiten Kundgebung gegen Islamismus aufgerufen.

Leider hatte die Gewalttat eines aus Afghanistan stammenden Islamisten in Mannheim anlässlich der islamfeindlichen Provokation der „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) am 31. Mai 2024, nicht „nur“ Verletzte, sondern auch das Leben eines Polizisten gefordert.

Bezeichnenderweise wurde und wird die BPE in den meisten Medien als „islamkritisch“ verharmlost, obwohl sie seit Jahren als Vorfeldorganisation des faschistischen Lagers aktiv ist. Zudem ist BPE-Sprecher Stürzenberger mit dem – spätestens seit der Potsdamer „Remigrations“-Konferenz bundesweit bekannten – „identitären“ Ideologen Martin Sellner in Kontakt.

Wie zu erwarten war, versuchte die AfD,

die immer offener faschistische Positionen vertritt, die Mannheimer Ereignisse zynisch für ihre menschenverachtende Wahlkampfpropaganda auszuschlachten.

Hetzpropaganda der AfD

AfD-Führerin Weidel nutzte kurz nach der Messerattacke eine gefälschte „Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums“, die sich gegen die Verbreitung eines Videos zu der Bluttat in Mannheim richtete, um in einer Rede weiter zum Hass gegen Geflüchtete aufzustacheln. In Wirklichkeit war diese Falschnachricht jedoch von Reimond Hoffmann, dem Schriftführer der Baden-Württemberger AfD, erstellt und in den einschlägigen rechten asozialen Hetzwer-

ken in Umlauf gebracht worden.

Am Sonntag, den 2. Juni 2024, organisierten zumeist von auswärts angereiste Mitglieder der neofaschistischen „Jungen Alternative“ (der Jugendorganisation der AfD) und der AfD eine „Kundgebung“ von 150 Faschistinnen und Faschisten für „Remigration“ auf dem Mannheimer Marktplatz.

Die offen gegen Menschen- und Grundrechte gerichtete Hetzaktion der überwiegend nicht ganz so jungen Nazis wurde von einem starken Polizeiaufgebot geschützt. Mehr als 800 an einer antifaschistischen Menschenkette beteiligten Personen wurden von der Polizei abgedrängt. Eine etwa 40 Köpfe starke Gruppe der Antifa kesselte die Polizei sogar wegen „Störung“ der



Demo gegen AfD in Mannheim, 7. Juni 2024.

Foto: Helmut Roos.



Protest gegen AfD in Mannheim, 7. Juni 2024.

Foto: Helmut Roos.

faschistischen Kundgebung ein und nahm sie in „Gewahrsam“.

„Mannheim steht zusammen“

Gegen die bundesweite AfD-Kundgebung am 7. Juni protestierten zunächst am Nachmittag rund 1.500 Menschen bei der vom DGB organisierten Kundgebung auf dem Alten Meißplatz unter dem Motto „Mannheim steht zusammen“.

Unter anderem sprach dort die stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende Sabine Leber-Hoischen. Sie sagte: „Wir leben hier in Mannheim friedlich miteinander. Wir sind nicht immer einer Meinung, und es menschelt manchmal miteinander. Aber was wir ganz klar ablehnen, sind Extremismus, Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und jede Form von Diskriminierung.“

DGB-Landesvorsitzender Kai Burmeister erinnerte in seiner Rede an Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Satz gelte für die Arbeitswelt wie für die gesamte Gesellschaft. Wo Rechte regierten, würden das Recht auf Demonstrationsfreiheit und das Streikrecht eingeschränkt bzw. abgeschafft. „Deswegen sind Gewerkschaften der natürliche Gegner von Faschisten und Rechtspopulisten.“

Ralf Heller, DGB-Kreisvorsitzender, rief

zur Teilnahme an der anschließenden Demo von „Mannheim gegen Rechts“ auf.

„Mannheim gegen Rechts“

Rund 3.500 Menschen zogen hinter dem Frontransparent „Gegen Islamismus + Rassismus – Zusammenhalt für Vielfalt“ über den Ring und die Planken zum Paradeplatz. Eine in den letzten Jahren selten so massiv wahrzunehmende kämpferische und dennoch auch heitere Entschlossenheit prägte die Stimmung des antifaschistischen Protests.

Immer wieder wurden lautstark Parolen gerufen, zum Beispiel „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda!“ oder „Alle gemeinsam gegen den Faschismus!“. Vor allem aber wurde auch gemeinsam gesungen: „Wehrt euch, leistet Widerstand gegen den Faschismus hier im Land! Haltet fest zusammen! Haltet fest zusammen!“

Auf dem Paradeplatz hatte mittlerweile die bundesweite Kundgebung der AfD mit real 400 Beteiligten begonnen. Sie versammelten sich um das zentrale Transparent „Messermänner & Islamisten raus!“ und forderten „Remigration jetzt!“. Hinter Absperrungen und im Schutz einer starken Polizeimacht konnten sie den engen Schulterschluss mit den anwesenden Islamfeinden der BPE demonstrieren und

über die „Gefahr des Linksextremismus“ lamentieren.

„Nazis raus!“

Tausende antifaschistisch Demonstrierende riefen ihnen laut zu: „Geht nach Hause!“ und „Nazis raus!“. Das nervte die blau-braune Truppe sehr. Aber es störte deren Hass-Kundgebung nur teilweise, da sie über eine – sicherlich aus Steuergeldern finanzierte – extrem leistungsfähige Lautsprecheranlage verfügte.

Nach dem Ende der AfD-Kundgebung löste sich der antifaschistische Protest am Paradeplatz auf. Einige hundert Menschen aus dem Antifa-Block demonstrierten gemeinsam zurück in die Neckarstadt.

Zwar blieb es in Mannheim im Wesentlichen trotz aller im Vorfeld erzeugten und massenhaft verbreiteten Panikmache friedlich. Aber es gab tätliche Angriffe auf einzelne Demoteilnehmer durch faschistische Schlägertrupps und mindestens in einem Fall auch einen Schlag eines Polizisten gegen einen Ordner des antifaschistischen Bündnisses „Mannheim gegen Rechts“.

Am Ende bleibt jedoch festzuhalten, dass am 7. Juni in Mannheim erfolgreich ein deutliches Zeichen gegen die AfD gesetzt werden konnte. Es verdient Beachtung im ganzen Land. ■

„Nie wieder ist jetzt!“ Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 12. Oktober in Mannheim

M. G.

Am Samstag, den 12.10.2024, findet ab 13:00 Uhr im Mannheimer Gewerkschaftshaus die 11. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier - Bossing, Mobbing & Co.“ unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt!“ statt.

Die Tagung wird vom Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ organisiert. Unterstützt wird sie von der IG Metall Mannheim und der Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand sowie von DGB Baden-Württemberg, IG BCE OG Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Spannendes Programm

Auf dem Programm stehen unter anderem folgende Themen:

- Gegenmacht im Betrieb trotz BR-Mobbing?
- Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts – Eine verdrängte Bedrohung?
- „Schöne neue Arbeitswelt“ – Gewerkschaftsfreie Zone Tesla?

- Grundrechte verteidigen – „Verdachtskündigungen“ verbieten?

In der Einladung zur Konferenz wird gefragt: „Sind BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung mittlerweile alltäglich im deutschen Rechtsstaat?“

Es fällt schwer, diese Frage mit Nein zu beantworten. Selbst im Heidelberger Unternehmen des BDA-Präsidenten Dulger konnte der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat zerschlagen werden.“

Skandalöse „Verdachtskündigungen“

Es wird deshalb gefordert, „die Durchsetzung eines ‚Rechts des Stärkeren‘ in Firmen und Einrichtungen konsequent“ zu bekämpfen. Das Mobbing von Betriebsräten werde „in der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert“. Das ermutige die Täter, „die zudem meist weder rechtlich verfolgt noch belangt wür-

Betriebsräte im Visier
Bossing, Mobbing & Co.
Nie wieder ist jetzt!
Konferenz
mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Lars Treusch (DGB Baden-Württemberg)
Thomas Hahl (1. Bevollmächtigter IGM Mannheim)
Jannes Bojert (Leiter Tesla-Team der IGM)
Wolfgang Thurner (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen
Samstag, 12. Oktober 2024
13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim
www.gegen-br-mobbing.de
Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim und der
Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand
sowie von DGB Baden-Württemberg, IG BCE OG Weinheim, Kirchlicher
Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetriebliches Solidaritätskomitee
Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln

den. Die gemobbten und gekündigten Opfer müssten hingegen ihre Unschuld beweisen.“

„Dieser Skandal“, so heißt es, „beruht vor allem auf dem Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts. Das dort begründete Mittel der „Verdachtskündigung“ wird bis heute skrupellos angewendet. Es widerspricht elementaren deutschen und internationalen Rechtsgrundsätzen.“

Gegenmacht stärken

Die Schlussfolgerung aus dieser Einschätzung lautet: „Die Förderung starker demokratischer Gegenmacht in Betrieben und der Gesellschaft ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können.“

Mit der Konferenz soll die bundesweite Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing weiter gestärkt werden. Vor allem aber soll sie „erneut ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Unterstützung anbieten“.



11. Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 14. Oktober 2023.

Foto: Helmut Roos.

Gewerkschaftsbekämpfung im Autohaus Kohlhoff

Erfolg der IG Metall vor dem Arbeitsgericht

H. S.

Zwischen dem örtlichen Autohaus Kohlhoff und der Mannheimer IG Metall war der Streit über den Austritt der Firma aus der Tarifgemeinschaft des Kraftfahrzeughandwerks eskaliert. Der Geschäftsführer des Autohändlers, Martin Kohlhoff, hatte im März 2024 den 1. Bevollmächtigten der Mannheimer IG Metall, Thomas Hahl, übelst beleidigt und ihm Gewalt angedroht.

Darüber hinaus wollte Kohlhoff im Verlauf dieser Auseinandersetzung zwei Betriebsratsmitglieder der Fa. Kohlhoff wegen ihrer Zeugenaussagen zu dem Konflikt vor dem Landgericht außerordentlich kündigen.

Solidarität

Am 6. Juni 2024 fand zu dem Streit ein Termin beim Arbeitsgericht in Mannheim statt, an dem auch viele Mitglieder der IG Metall, des Arbeitskreises Seniorinnen und Senioren der Gewerkschaft sowie des Mannheimer Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ teilnahmen und sich solidarisch zeigten.

Kohlhoff und sein Rechtsanwalt Heck bestritten als Beklagtenseite während des Verfahrens immer wieder, dass der IG Metall-Hauptamtliche Thomas Hahl beleidigt und bedroht worden sei. Der Vorsitzende Richter Büschler machte jedoch deutlich,

dass die Kammer diesen Versuch der Reinschneidung nicht akzeptiert. Er riet der Beklagtenseite dringend, sich auf einen Vergleich einzulassen. Alles andere könne die Situation nur noch verschlimmern und die Kosten des Verfahrens in die Höhe treiben.

Nach längerem Hin und Her, das durch die Beklagtenseite verursacht wurde, konnte auf Vorschlag des Vorsitzenden der zuständigen Kammer 8 des Arbeitsgerichts Mannheim ein Vergleich geschlossen werden.

Vergleich

Demzufolge verpflichtet sich der Autohaus-Chef, die von ihm gegenüber dem Geschäftsführer der IG Metall Mannheim geäußerte Beleidigung und Gewaltandrohung künftig zu unterlassen. Bei Zuwiderhandlung droht ihm eine Geldstrafe von 7.000 €.

Ferner wurden die Verfahren zur außerordentlichen Kündigung der beiden Betriebsratsmitglieder der Firma Kohlhoff

nach § 103 Betriebsverfassungsgesetz eingestellt. Im Gegenzug verpflichtete sich Thomas Hahl, seine Strafanzeige gegen Kohlhoff wegen Beleidigung und Gewaltandrohung zurückzunehmen.

Der Vergleich bedeutet einen klaren Erfolg für die Mannheimer IG Metall, für ihren 1. Bevollmächtigten Thomas Hahl und für die beiden mit Kündigung bedrohten Betriebsratsmitglieder.

Das Verhalten des Firmenchefs während der Gerichtsverhandlung zeigte aber, dass dieser in keiner Weise geläutert ist und sich zukünftig wieder „normal“ verhalten wird.

Es ist zu befürchten, dass er sich weiterhin sowohl gegen die Wiederherstellung der Tarifbindung beim Autohaus Kohlhoff als auch gegen die gesetzlich begründete Tätigkeit des Betriebsrats stellen wird. Hier auf müssen sich sowohl die Gewerkschaft, als auch der Betriebsrat vorbereiten. ■



Solidarität vor dem Arbeitsgericht Mannheim, 6. Juni 2024.

Foto: IGM Mannheim.

„Wählen, kämpfen, sich organisieren“

E. B.

Angesichts der realen Gefahr des Faschismus in Frankreich hat unsere Schwesterorganisation *NPA-L'Anticapitaliste* (Neue Antikapitalistische Partei) beschlossen, sich an der *Nouveau Front populaire* (Neue populäre Front - NFP) zu beteiligen.

Nach sieben Jahren ultraneoliberalen, rassistischer und autoritärer Politik ist Frankreichs Staatspräsident Macron offenbar die Luft ausgegangen. Er kann der Finanzwelt und den Großunternehmen, die immer mehr fordern, nicht mehr dienen.

Die extreme Rechte (Le Pens Partei RN und andere), die bei den letzten Europawahlen fast 40 Prozent der Stimmen auf sich vereint hat, positioniert sich als Zufluchtsort für den Kapitalismus. Nachdem Macron einige der Forderungen der Faschisten umgesetzt hat, rollt er ihnen mit der Auflösung des Parlaments (der Nationalversammlung) den roten Teppich aus.

Faschismus – unser schlimmster Feind

Wie die Abstimmungen in der Nationalversammlung gezeigt haben, vertritt die RN ein antisoziales Programm. Sie wendet sich beispielsweise gegen Lohnerhöhungen und fordert die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme.

Wenn die extreme Rechte an die Regierung käme, wäre das eine Katastrophe. Vor allem für rassistisch diskriminierte Menschen mit oder ohne Papiere, die gnadenlos ausgewiesen würden. Zudem für Frauen und LGBT+-Personen, deren Rechte in allen von der extremen Rechten regierten Staaten bekämpft werden. Ferner für Gewerkschaften, die die extreme Rechte loswerden will, damit die Chefs das alleinige Sagen im Unternehmen haben. Und nicht zuletzt ganz allgemein für alle demokratischen Rechte und öffentlichen Freiheiten.

Einheit der Linken?

Innerhalb weniger Tage haben sich fast alle linken politischen Kräfte, Gewerkschaften, Organisationen und Bewegungen, die in den Kämpfen für die sozialen Rechte der arbeitenden Klasse, für die Umwelt und gegen Rassismus, gegen geschlechtliche und sexuelle Diskriminierung aktiv sind, um die *Nouveau Front populaire* versammelt.

Innerhalb weniger Tage hat sich das soziale Lager der Ausgebeuteten und Unterdrückten als politisches Subjekt zur Verteidigung

seiner Rechte neu aufgestellt. Das ist mehr als die Zusammenarbeit der einen oder anderen Organisation und Persönlichkeit. Die NPA sieht die Möglichkeit, eine Kraft zu entwickeln, die alles verändert. Sie ruft dazu auf, sich überall den Kampagnenkomitees der *Nouveau Front populaire* anzuschließen.

Für ein antikapitalistisches Programm

Viele Punkte des Programms der NFP werden von den Bewegungen der letzten Monate getragen: Aufhebung der „Rentenreformen“, des neuen Einwanderungsgesetzes oder der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung einerseits, andererseits spürbare Lohnerhöhungen, massive Investitionen in Schulen oder Krankenhäuser.

Dieses Programm ist jedoch noch nicht ausgereift. Es muss um die aus den Mobilisierungen der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen hervorgegangenen Forderungen ergänzt werden – wie beispielsweise die Vergesellschaftung des Energiesektors angesichts der Klimakrise oder die Festanstellung hunderttausender prekär Beschäftigter im Öffentlichen Dienst. Die Umsetzung solcher Maßnahmen setzt eine Konfrontation mit dem kapitalistischen System voraus und wirft die Frage nach dem Bruch mit diesem auf.

Ein möglicher Sieg

Die *Nouveau Front populaire* kann die Wahlen gewinnen, aber Millionen nehmen wahr, dass dies nicht ausreichen wird. Eine weitere Niederlage der Linken droht, den Sieg der extremen Rechten bei der Präsidentschaftswahl in zwei Jahren zu erleichtern.

Wie kann die Macht der Kapitalisten, die den Planeten und unser Leben zerstören, in Frage gestellt werden? Wie können 40 Jahre Sozialabbau rückgängig gemacht und neue Rechte durchgesetzt werden? Wie kann die Unterstützung für die palästinensische und die ukrainische Bevölkerung verstärkt und gleichzeitig mit dem imperialistischen Bündnis der NATO gebrochen werden?

Nur wenn alle gemeinsam an ihren Arbeits- oder Studienorten, in ihren Stadtvierteln kämpfen, kann der Gang der Ereignisse verändert werden. 1936 zwang ein Generalstreik die neu gewählte Volksfront-Regierung, den ersten bezahlten Urlaub in der Geschichte einzuführen. Wenn die *Nouveau Front populaire* die Wahlen gewinnt, wird der gemeinsame Kampf erneut beginnen und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen.

Einheitlich und revolutionär

Die Einheit um die *Nouveau Front populaire* darf angesichts der Bedrohung durch den Faschismus und durch Macrons Politik, die der extremen Rechten den Weg ebnet, nicht ohne Folgen bleiben. Sie ist für die NPA ein erster Schritt, um sich besser für die Durchsetzung der Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten organisieren zu können. Bei den Wahlen und bei den Mobilisierungen gilt es, eine Linke des Kampfs aufzubauen, die in der Lage ist, die Gesellschaft positiv zu verändern. ■



Antifaschistische Demo in Paris, 15. Juni 2024.

Gewerkschaftliche Ukraine-Konferenz

Kampf für soziale Rechte auch in Kriegszeiten*

ANGELA KLEIN

Am Samstag, dem 8. Juni 2024, fand im Berliner IG-Metall-Haus die Veranstaltung „Für einen selbstbestimmten Wiederaufbau der Ukraine“ mit 70 Teilnehmenden statt.

Gewerkschafter:innen und Aktivist:innen aus der Ukraine waren extra angereist. Die Veranstaltung war von dem Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin und der Initiative „Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften“ organisiert worden. Sie war ein voller Erfolg.

Schwerpunkte der Veranstaltung waren die Themen Abbau von sozialen Rechten insbesondere in der Arbeitswelt der Ukraine und die Entschuldung. Darüber hinaus ging es darum, konkrete Projekte für eine Zusammenarbeit von Aktiven aus Deutschland und der Ukraine zu entwickeln.

Engeladen waren unter anderem Gewerkschafter:innen von ArcelorMittal, dem größten Stahlwerk in der Ukraine, und die Initiative BeLikeNina. Darüber hinaus freuten wir uns über die Teilnahme der Studierendengewerkschaft Prijama Dija aus Lwiw.

Die Veranstaltung fand anlässlich der „Ukraine Recovery Conference 2024“ statt, die von der Bundesregierung und der EU-Kommission am 11. und 12. Juni in Berlin organisiert wurde. Diese Regierungstagung sollte die Interessen des EU-Kapitalismus bündeln und den Sozialabbau in der Ukraine weiter vorantreiben.

Unsere Veranstaltung am 8. Juni verfolgte im Gegensatz dazu das Ziel, die sozialen Rechte zu verteidigen, Gewerkschaften und soziale Bewegungen aus der Ukraine zu Wort kommen zu lassen und zudem sich für die Forderung nach Schuldenstreichung für die Ukraine stark zu machen. Ohne letztere ist dort an einen selbstbestimmten Wiederaufbau nicht zu denken.

Ergebnisse

A. Tidwa von Sozialnyj Ruch erläuterte, wie die sozialen Rechte in den letzten Jahren systematisch in der Ukraine abgebaut wurden, was die Lage der Menschen zusätzlich zum Kriegsgeschehen weiter verschlechtert.

O. Slobodyna und J. Lipitsch-Kotschirka, zwei der fünf ange-reisten Vertreter:innen der jungen Initiative und Gewerkschaft des Krankenhauspersonals BeLikeNina berichteten von den ermutigenden Erfahrungen beim Aufbau ihrer zwischenzeitlich stark verankerten und kämpferischen Organisation.

N. Suslo, die Vorsitzende der Gewerkschaft DUET bei ArcelorMittal in Krywyj Rih, befasste sich mit dem Arbeitskräftemangel und den fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen, während S. Husko von der dem Unternehmen angegliederten Staatlichen Hochschule für Wirtschaft und Technik über konkrete Planungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Ende Juli 2023 durch einen russischen Angriff zerstörten Ausbildungszentrums sprach.

K. Rehbein von Erlassjahr gab einen Überblick über die Verschuldung der Ukraine vor und während des Krieges und betonte die Dringlichkeit eines Schuldenschnitts.

K. Grizewa von Prijama Dija sprach über die Mehrfachbelastung der Studierenden, die gleichzeitig arbeiten müssen, um le-

ben zu können. Die Privatisierung von universitären Einrichtungen wie Schlafsälen schafft zunehmend einen sozialen Ausleseprozess an den Universitäten zugunsten der Studierenden aus reichen Familien. Sie schilderte auch den kämpferischen Einsatz für die Aufrechterhaltung der universitären Bildungsstätten.

Solidaritätsprojekte

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die fünf Themenfelder soziale Rechte, Entschuldung, Gewerkschaftsaufbau im Krankenhauswesen, Wiederaufbau eines Ausbildungszentrums in Krywyj Rih und Hochschulkämpfe in Arbeitsgruppen bearbeitet.

Unter anderem soll es zum Thema Abbau sozialer Rechte eine Online-Veranstaltung mit Arbeitsrechtler:innen von beiden Seiten geben. Auch zur gewerkschaftlichen Beteiligung am Wiederaufbau eines neuen Ausbildungszentrums bei ArcelorMittal in Krywyj Rih soll ein Online-Austausch organisiert werden.

Die Krankenschwestern konnten sich bereits mit der Krankenhausbewegung in Berlin über den Aufbau und die Stärkung von selbstorganisierten Strukturen und die unterschiedlichen Formen von Arbeitskämpfen austauschen. Zudem planen sie gemeinsam mit ver.di Bildungsveranstaltungen über Organizing.

Bei den Studierenden war zunächst einmal Kennenlernen angesagt.

In Bezug auf die Schuldenfrage kam es zu einem intensiven Austausch über die folgenschweren Konsequenzen der zunehmenden Verschuldung der Ukraine. Gemeinsam will man über die Auflagenpolitik der EU aufklären.

Beim Abschlusspodium wurden die Möglichkeiten der Kooperation zwischen deutschen und ukrainischen Gewerkschaften und neue Ansätze gewerkschaftlicher und sozialer Organisation dargestellt.

Alle Beteiligten zeigten sich höchst zufrieden mit den Themen und dem Ablauf der Veranstaltung. Es wurde der Wunsch geäußert, diesen Austausch fortzusetzen.

* [Die Langversion dieses Berichts und weitere interessante Infos zur Unterstützung der Solidaritätsarbeit sind hier zu finden: www.gewerkschaftliche-ukraine-solidaritaet.de/.]



Teilnehmer:innen der Ukraine-Konferenz in Berlin, 8. Juni 2024.

„fckAfD – Gegen den Parteitag der AfD in Essen“

ISO-Onlineveranstaltung am 11. Juni 2024

R. G.

Vom 29. Juni bis zum 30. Juni 2024 fand in Essen der Bundesparteitag der blau-braunen AfD statt. Die ISO war Teil des Bündnisses, das den breiten Gegenprotest mit 70.000 Teilnehmenden organisierte. Zur Unterstützung der Mobilisierung hatte die ISO am 11. Juni ihre Online-Veranstaltung „fckAfD – Gegen den Parteitag der AfD in Essen“ durchgeführt.

Mit drei Referaten war der Abend dicht gepackt. Sie lieferten Informationen zum Anti-AfD-Protest, Analysen zum Aufschwung faschistischer Strömungen und politische Vorschläge zum antifaschistischen Widerstand.

Kapitalistische Krise und Faschismus

Tomasz Konicz analysierte die globalen Krisen als Folge des „inneren“ Zwangs des Kapitalismus, die Produktion permanent auszuweiten. Die Krisen und ihre wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen bereiten den gesellschaftlichen Nährboden für den Faschismus.

Dabei macht der Faschismus für die Krisen nicht den Kapitalismus verantwortlich, sondern die „politische Linke“, „fremde Rassen“ oder andere „ungewollte“ Minderheiten. Auf diese Sündenböcke versucht er, Hass und Wut zu lenken.

Letztendlich gibt es nur einen Ausweg aus dem Teufelskreis von kapitalistischen Krisen und faschistischer Bedrohung: Das kapitalistische System selbst muss überwunden werden.

Gemeinsam gegen den AfD-Parteitag

Katharina Schwabedissen informierte über die geplanten Proteste gegen den AfD-Parteitag und den Stand der Vorbereitungen.

Als Gewerkschafterin und Aktivistin des *Aktionsbündnisses* *widersetzen* konnte die Referentin einen hervorragenden Ein- und Überblick geben.

Dabei ordnete sie auch das Verhalten der DGB-Gewerkschaften ein. So tun sich gerade die Industriegewerkschaften IG Metall und IG BCE schwer, entschieden gegen die AfD zu handeln. Dies zeigt, wie hemmend der Einfluss der AfD in den Industriebetrieben und unter jüngeren Arbeitern und Angestellten inzwischen ist.



Demo gegen AfD in Essen, 29. Juni 2024.

Foto: ISO.

Solidarische Front

Wolfgang Alles befasste sich mit der Analyse des historischen Faschismus und den Lehren, die für heute daraus gezogen werden können. Dabei bezog er sich auf Trotzki's Faschismus-Analyse und die darauf aufbauenden Texte von Ernest Mandel.

Ein wesentlicher Grund für die erfolgreiche Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 war die Weigerung von SPD und KPD, eine gemeinsame Einheitsfront gegen den Faschismus zu organisieren. Nur eine Einheitsfront der Arbeiterbewegung hätte den Faschismus verhindern können.

Heute muss diese Idee an die politischen Verhältnisse angepasst und eine solidarische Front von gewerkschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgebaut werden.

Breite Diskussion

Die Diskussion griff viele Gedanken der Referate auf, konnte aber aufgrund der knappen Zeit nicht auf alle Punkte im notwendigen Umfang eingehen.

Unter anderem ging es um den Zusammenhang der Rechtsentwicklung mit der Krise des Kapitalismus. Die Faschisten greifen vorhandene Probleme auf und geben darauf völkisch-rassistische Schein-Antworten. Die politische Linke muss dagegen den Zusammenhang von Krise und Kapitalismus deutlich machen und glaubhafte antikapitalistische Antworten und Kämpfe entwickeln.

Ein wichtiges Thema war die antifaschistische Bündnisarbeit. Soll die politische Linke mit bürgerlichen Kräften zusammenarbeiten, die mit ihrer Politik selbst den Rechtsruck vorantreiben? Eine Antwort war, für breitest mögliche Bündnisse und antifaschistische Mobilisierungen einzutreten, ohne die Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Krisenpolitik zu verschweigen.

Diskutiert wurde auch die Bedeutung des Neoliberalismus. Dieser hat das Klassenbewusstsein und die Solidarität in der arbeitenden Klasse massiv geschwächt. Dies erleichtert es rechten Positionen, in der Arbeitswelt an Einfluss zu gewinnen. Umso wichtiger ist es daher, die politische und antifaschistische Arbeit in den Betrieben und den Gewerkschaften zu verstärken.

Aktiv werden

Die lebhafteste Diskussion war von der gemeinsamen Auffassung geprägt, dass es angesichts der Erfolge von AfD & Co. immer wichtiger wird, den Widerstand gegen den Faschismus zu organisieren. Folgerichtig wurde zum Abschluss des Abends für die aktive Unterstützung der Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag Ende Juni 2024 geworben.

Solidarität statt Krisen, Kriege und Rechtsruck!

Sommerseminar der ISO-Rhein-Neckar in Mannheim

Samstag, 17. August 2024, ab 13:00 Uhr

K. O.

Die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme verschärfen sich. Um nur einige zu nennen: die weiter anwachsende soziale Ungleichheit, die beschleunigte Aufrüstung und Kriegstreiberei, die zunehmende Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat oder die anhaltende globale Erderwärmung mit ihren katastrophalen Folgen.

Die jüngst durchgeführten Europa- und Kommunalwahlen haben erneut belegt: Die krisenhafte politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus fördert den aufhaltbaren Aufstieg des Faschismus.

Bei den Landtagswahlen im Herbst in Ostdeutschland droht ein noch massiveres Erstarken der extremen Rechten und danach eine weitere Radikalisierung der neoliberalen Politik.

Ist der Marsch in die spätkapitalistische oder gar faschistische Barbarei unser Schicksal? Welche solidarischen Alternativen können wir dieser bedrohlichen Entwicklung entgegensetzen?

Mit Referaten, Filmen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir in einem entspannten Rahmen versuchen, gemeinsame Antworten auf diese entscheidenden Fragen zu finden.

Unser Seminar findet in sehr gut geeigneten Räumlichkeiten in Mannheim statt. Beginn ist am Samstag, den 17. August 2024, ab 13:00 Uhr, Ende gegen 18:30 Uhr. Anschließend beginnt am selben Ort unser Sommerfest.



■ *Soli-Fest in der Mannheimer Neckarstadt, 7. Juli 2019.*

Foto: Avanti².

Gemeinsam kämpfen, gemeinsam feiern!

Sommerfest der ISO-Rhein-Neckar in Mannheim

Samstag, 17. August 2024, ab 19:00 Uhr

K. O.

Es ist höchste Zeit, unser gemeinsames Engagement für eine andere, eine solidarische Welt wieder mit dem gemeinsamen Feiern zu verbinden.

Am Samstag, den 17. August 2024, findet deshalb ab 19:00 Uhr in Mannheim das diesjährige Sommerfest der ISO Rhein-Neckar statt.

Gerade in Zeiten der Vervielfachung von Krisen kommt der persönliche Austausch aufgrund der Organisation unserer vielen politischen Aktivitäten viel zu kurz.

Unser Sommerfest bietet Raum zum Reden, zum Zuhören,

zum Lachen – unter dem Motto: Es lebe das richtige Leben, auch im falschen!

Wir haben ein weitläufiges Festgelände und geeignete Räumlichkeiten organisiert. Für Musik und Getränke ist ausreichend gesorgt. Auch der Grill wird so bestückt werden, dass niemand Hunger leiden muss. Wir freuen uns dennoch, wenn Ihr die eine oder andere Leckerei und vor allem gute Laune mitbringt. ■

Anmeldung für Sommer-Seminar und Sommer-Fest

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren Aktiven oder bei ISO Rhein-Neckar:

Postfach 1026110, 68026 Mannheim,
Tel./Fax: +49(0)621/42948154,
Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de

7. Kulturfest bei Schiller

„Bunte Vielfalt statt völkischer Einfalt“

M. G.

„NIE WIEDER IST JETZT!“ lautete die Parole auch beim 7. Kulturfest am 8. Juni 2024 um das Mannheimer Schillerdenkmal.

Die Initiator:innen Bettina Franke, Bernd Köhler, Einhart Klucke und Monika-Margret Steger setzten erneut mit ihrem großartigen kulturpolitischen Projekt ein ermutigendes Zeichen. Nicht nur gegen den Rassismus und Nationalismus der AfD, sondern auch gegen den der „politischen Mitte“ und gegen den Kulturkampf von rechts.

Ein im Wortsinn *buntes* und *vielfältiges* Programm mit sehr unterschiedlicher Musik, mit Tanz und Rezitation begeisterte die rund einhundert Anwesenden. Und es hätte sicher auch einen der bedeutendsten deutschsprachigen Dramatiker und Lyriker, Friedrich Schiller (1759 - 1805), erfreut. Er musste wegen seiner Rebellion gegen den württembergischen Feudalismus nach Mannheim fliehen und konnte ganz in der Nähe des heutigen Schillerplatzes eine Unterkunft finden.

Von Schiller stammt der Satz: „Denn die Kunst ist eine Tochter der Freiheit, und von der Notwendigkeit der Geister, nicht von der Notdurft der Materie will sie ihre Vorschrift empfangen.“ Wie wahr und wie aktuell!



Kulturfest auf dem Mannheimer Schillerplatz, 8. Juni 2024. Foto: B. Straube.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 11.07.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 11.07.2024, 19:30 Uhr, Kulturabend „Die Stimme der Freiheit“, WSV-Wiese, Lauffener Str. 63, MA
- FR, 12.07.2024, 19:00 Uhr, „Was heißt Einheitsfront gegen Faschismus heute?“, Online-Veranstaltung der ISO mit Helmut Dahmer (www.iso-4-rhein-neckar.de/HD)
- MO, 22.07.2024, 19:00 Uhr, „Friedenspläne für den Ukraine-Krieg“, Veranstaltung mit Clemens Ronnefeldt, Bildungszentrum sanctclara, B 5,19, MA
- DI, 23.07.2024, 15:30 Uhr, Kundgebung von Mannheim gegen Rechts, Stadthaus N1, MA
- FR, 26.07.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- SAM, 17.08.2024, 13:00 Uhr, Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar, MA
- SAM, 17.08.2024, 19:00 Uhr, Sommerfest der ISO Rhein-Neckar, MA

Vorschau:

- SO, 01.09.2024, Antikriegstag



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
ViSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

